

# Antrag PA 01: BGE

<b>Antragsteller/in:</b>	Jörg Arweiler
<b>Unterschrift:</b>	_____
<b>Status:</b>	eingereicht

## BGE

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband Saarland der Piratenpartei Deutschland setzt sich für eine Lösung ein, die eine sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe nach den Vorgaben eines bedingungslosen Grundeinkommens garantiert. Hier müssen schon jetzt die Weichen für eine Zukunft gestellt werden, und nicht erst dann, wenn sich die vorhandenen Systeme als völlig unzureichend erweisen.

Die soziale Marktwirtschaft galt lange Jahre als wesentliches Merkmal der Bundesrepublik Deutschland. Dies ist durch das Sozialstaatsgebot (Artikel 20 GG) und die Würde des Menschen (Artikel 1 GG) im Grundgesetz fest verankert.

Die Forderungen, durch Reformen wie die Agenda 2010 eine sichere Existenz verbunden mit gesellschaftlicher Teilhabe zu erhalten, haben sich nicht erfüllt. Vielmehr beanstanden die Piraten, dass vermehrt Sanktionsdrohungen erfolgen, ein sehr hoher Verwaltungsaufwand notwendig geworden ist, aber gleichzeitig immer mehr Menschen in Armut fallen oder sich der Armutsgrenze annähern. Unabhängige Prognosen für die Zukunft sehen dadurch eine stetig ansteigende soziale Spaltung der Gesellschaft.

Wir Piraten wollen sowohl die Solidarität in der Gesellschaft bzw. das Sozialstaatsgebot achten, als auch die Freiheit des Einzelnen stärken und gleichzeitig ein datensparsames, effizientes Steuer- und Sozialsystem einführen.

Daher sehen wir die Notwendigkeit, das bestehende System tiefgreifend zu verändern. Diese Forderungen können durch die Idee des Bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) gleichzeitig verwirklicht werden. Es gilt der Grundsatz: jeder zahlt Steuern, jeder bekommt ein Grundeinkommen. Die Umsetzung des Grundeinkommens kann gelingen, weil es nicht nur die Rolle bestehender Sozialleistungen, sondern auch die Rolle des Grundfreibetrags und der Progression der Einkommensteuer übernimmt. Das BGE ermöglicht verwaltungsarme, liberale Steuerkonzepte ohne Abstriche bei der sozialen Sicherung und steht im Einklang mit dem Grundgesetz.

Wir wollen Armut verhindern, nicht Wohlstand.

## Begründung:

Die Piratenpartei möchte schon jetzt über zukunftsfähige Wege diskutieren und nicht erst dann, wenn es zu spät ist. Der Umbau des Sozialsystems muss heute beginnen, um morgen eine lebenswürdige Zukunft zu haben.